

Sächsische Elbzeitung.

Amts- und Anzeigebblatt

für das Königl. Gerichtsamt und den Stadtrath zu Schandau und den Stadtgemeinderath zu Hohnstein.

Die „Sächs. Elb-Zeitung“ erscheint Mittwoch und Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, sowie durch die Expedition dies. Bl. für 1 Mark vierteljährlich zu beziehen. — Inzerate für das Mittwochsbblatt werden bis Dienstag früh 9 Uhr, für das Sonnabendblatt spätestens bis Freitag früh 9 Uhr erbeten. — Preis für die gespaltene Corpusspaltzeile oder deren Raum 10 Pf., Inzerate unter 5 Zeilen werden mit 50 Pf. berechnet, (tabellarische oder complicirte nach Uebereinkunft.) — Inzerate für die Elbzeitung nehmen an in Hohnstein Herr Bürgermeist. Hesse, in Dresden und Leipzig die Annoncen-Büreaus von Haafenstein & Vogler, W. Saalbach, Invalidentank und Rud. Rosse.

Nr. 11.

Schandau, Mittwoch, den 5. Februar

1879.

Politische Weltchau.

Unsere unerquickliche innere politische Lage, hervorgebracht durch die Zerspaltung auf dem Gebiete des politischen und wirtschaftlichen Wollens und Könnens, dauert leider noch immer an, da kein neues Reformproject aufstande und die alten Reformpläne jetzt ebensowenig als früher sich eines allgemeinen Beifalles erfreuen. Doch es wird wohl nun bald heller werden in unserer inneren Politik; der Kaiser hat den Reichstag zum 12. Februar einberufen und während der nahegerückten Reichstagssession ist die Ursache und Gelegenheit gegeben, nun endlich einmal eine Entscheidung in den Fragen unserer inneren Politik herbeizuführen.

In der wirtschaftlichen Reform sind neuerdings noch zwei Factoren in den Vordergrund gedrängt worden. Es sind dies die vom Reichstanzler geplanten Getreidezölle und die Regelung des Eisenbahntarifwesens. Hinsichtlich der Getreidezölle unterzieht man die muthmaßliche Höhe derselben einer umfassenden Diskussion und soll Fürst Bismarck der Tarifcommission vorgeschlagen haben, daß die Besteuerung bei dem einzuführenden Weizen 50 Pfennige pro Centner und bei allen anderen Landesproducten 30 Pfennige pro Centner betragen soll; dies wäre offenbar eine Besteuerung, die an den bestehenden Brodpreisen so gut wie nichts ändern wird, denn auf ein Pfund Mehl käme da ja nicht einmal $\frac{1}{2}$ Pfennig. Die Regelung der deutschen Eisenbahntarife hängt naturgemäß mit der Reform der Zolltarife zusammen und steht eine Erhöhung der sogenannten Differentialtarife, welche dem Auslande eine außergewöhnliche billige Fracht gewähren, offenbar in Aussicht.

Merkwürdig für unsere wirtschaftlichen Reformbestrebungen ist ein Bericht des englischen Voteshalters Lord Edo Russell in Berlin an seine Regierung. Der Voteshalter führt in diesem Berichte aus, daß die in Deutschland geplante Zollerhöhung auf vom Auslande kommendes Eisen, das englische Eisen vom deutschen Markte wahrscheinlich ganz verdrängen werde.

Vom Justizauschuß des deutschen Bundesrathes wurde über den Strafgewaltentwurf für den Reichstag schriftlicher Bericht an das Plenum erstattet und hält man sich überzeugt, daß das Letztere die Auschufsanträge einfach annehmen und die ursprüngliche Vorlage nicht wieder herstellen werde, zumal Baiern für unbedingte Ablehnung des Gesetzes eingetreten ist, und dasselbe von Württemberg und Baden zu erwarten steht.

Obgleich die Pestgefahr für die an Rußland grenzenden Ländern eigentlich nicht so zu fürchten ist, wie man in letzter Zeit anzunehmen versucht war, so hat dennoch auch der deutsche Bundesrath sich mit Maßregeln gegen die Einschleppung der Pest beschäftigt und ist eine von der Reichsregierung ernannte „Commission zur Verabreichung von Schutzmaßregeln gegen die Pest“ unter dem Vorsitze des Geh. Regierungsrath Dr. Finkelnburg zu wiederholten Sitzungen zusammengetreten. Die betreffenden Verabreichungen bezogen sich hauptsächlich auf die Aufgabe der nach Rußland zu sendenden Sanitätscommission und auf die Vorsichtsmaßregeln im Grenzverkehr mit Rußland. Deutschland, Oesterreich und Rumänien senden übrigens eine gemeinschaftliche Sanitätscommission nach Rußland und trafen die zu diesem Zwecke ernannten Aerzte, Professor Hirsch für Deutschland, Medicinalrath Doer für Oesterreich und Dr. Feliz für Rumänien, mit ihrem Assistenzpersonal in Breslau zusammen, von wo aus sie ihre Reise nach Rußland antreten. In Rußland selbst werden sie von Consularagenten und Vertretern der russischen Regierung begleitet werden. Durch Kaiserl. Erlaß wurde inzwischen die Einfuhr von leicht den Krankheitsstoff übertragenden Producten aus Rußland verboten, es sind dies hauptsächlich: Felle, Häute, Haare, Federn, Filz,

Hadern u. A. m. Wenn auch vielleicht diese Maßregel im Hinblick auf den Handelsverkehr als etwas zu scharf erscheinen mag, so ist dabei doch nicht zu vergessen, daß der Feind, welcher in weiter Ferne droht, fürchtbarer ist, als alle Geißeln, welche die Menschen treffen können.

Der deutsche Landwirthschaftsrath hat nun seine diesjährige Session beendet und kann mit Befriedigung auf seine Thätigkeit zurückblicken. In letzter Session wurde der Entwurf des Reichsgesetzes zur Abwehr und Unterdrückung von Viehschäden beraten, und die übrigen Gegenstände — darunter auch die Kanalfrage für die Tagesordnung der nächsten Session zurückgestellt, und so war damit der materielle Theil der Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende theilte dann mit Rücksicht auf die Beschlüsse in Sachen der Zoll- und Steuerfrage mit, daß der Ausschuß beschlossen habe, für den Fall, daß der Landwirthschaftsrath — was nicht unmöglich sei — Gefahren aus der Zollgesetzgebung drohen, die Mitglieder des Landwirthschaftsraths zu einer außerordentlichen Session zusammenzubringen, um mit aller Kraft für die Interessen der deutschen Landwirthschaft einzutreten.

Der bayerische Landtag hat sich in letzter Woche mit einer interessanten Angelegenheit beschäftigt. Der Abg. Krämer stellte den Antrag, daß der König Ludwig die bayerischen Bundesrathsmitglieder anweisen möge, dem Gesetzentwurf des Reichstanzlers, betreffend die Strafgewalt des Reichstags, ihre Zustimmung nicht zu erteilen. Der Ministerpräsident v. Pfrecksner erklärte diesem Antrage gegenüber, daß die Regierung auf diese Angelegenheit hier gar nicht eingehen könne, da die Affaire Verhältnisse des Reichstages berühre, daher könnte die Regierung auch keine bindende Aussage darüber machen. Der Antrag des Abg. Krämer wurde hierauf jedoch mit 130 Stimmen gegen eine einzige angenommen. — In der zweiten bayerischen Kammer wurde der Antrag des Reichsraths zu § 55 des Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz mit großer Majorität angenommen und das ganze Gesetz hierauf einstimmig genehmigt. Der Gesetzentwurf über Besteuerung der Wandlager wurde auf den Antrag des Abg. Kuppert einem aus 14 Mitgliedern bestehenden Ausschusse überwiesen. Der Finanzminister befürwortete und erläuterte den Gesetzentwurf, welcher loyal ausgeführt werden und das Reichsgesetz keineswegs untergraben sollte, sondern lediglich bezwecke, den Gewerbebetrieb nach Recht und Billigkeit zu besteuern. Der österreichische Reichsrath ist nach außerordentlich hitzigen Verhandlungen des Berliner Vertrages, in welchen den Ministern die härtesten Dinge von einigen Abgeordneten an den Kopf geworfen wurden, in ein ruhigeres Stadium gelangt und die fast nutzlosen Debatten werden durch die demnächstige Genehmigung des Berliner Vertrages im österreichischen Abgeordnetenhause ihre Ende erreichen.

Die politische Lage in Frankreich hat sich in wenigen Tagen in eclatanter Weise geändert, ohne daß dadurch die Ruhe des Landes im Geringsten gestört worden wäre. Der Präsident Marschall Mac Mahon hat anlässlich seiner Weigerung, die höheren Kommandostellen im französischen Heere mit republikanischen Generalen zu besetzen, am 30. Januar seine Entlassung gegeben, am selbigen Tage wurde aber auch bereits Jules Grévy, der bisherige Präsident der Deputirtenkammer und ein sehr maßvoller Politiker, zum Präsidenten der Republik auf die Dauer von sieben Jahren mit großer Majorität von den vereinigten Kammern gewählt. Gambetta war es wohl, welcher die Republikaner zur Annahme ihrer gegenwärtigen siegreichen Stellung drängte, doch verschwand Gambetta während der ganzen Affaire klug hinter den Coulissen, da sonst sein zu Tage tretender Ehrgeiz ihm jedenfalls viele Feinde bereitet hätte. Als Präsident der Deputirtenkammer wird aber jedenfalls Gambetta auf der politischen Bühne Frankreichs

wieder auftreten. Die seitherigen französischen Minister haben dem neugewählten Präsidenten Grévy auch ihre Entlassung gegeben, doch dürften sogleich nur einige derselben aus ihrem Amte scheiden.

Das russische Riesereich wird gegenwärtig außer von der Pest am empfindlichsten von der Geldnoth bedrängt und muß die russische Regierung mit schwerem Herzen an eine umfassende Steuererhöhung herangehen, was bei den heutigen politischen und socialen Verhältnissen Rußlands seine großen Bedenken hat. Die Auszahlung der türkischen Kriegsschuldigung an Rußland würde, selbst wenn die Türkei die Zahlung auch in diesem Jahre noch leisten könnte, auch nicht zur Deckung des russischen Deficits hinreichen, da dasselbe den Betrag von 300 Millionen Papierrubel oder 170 Millionen Silberrubel weit übersteigt.

In der Türkei treten jetzt die alten Klagen von Noth und Elend in gesteigertem Maße auf und viele türkische Staatsmänner fürchten eine Revolution. In dieser Furcht, oder vielleicht auch in einer angeblichen Verschwörung, die der Großvezier Said Pascha in Umlauf brachte, um seine Herrschaft zu befestigen, muß man auch die Ursache der Krankheit des Sultans suchen.

Die afghanische Affaire Englands ist immer noch nicht zu einem Abschlusse gelangt, indessen scheint es, daß es mit der Sache der Afghanen immer mehr abwärts geht. Natub Khan, der Sohn des Emirs von Afghanistan, bekämpft gegenwärtig nicht die Engländer, sondern den rebellisch gewordenen Stamm der Ghilzais; und Bali Mohamed, ein Halbbruder des Emirs, soll geneigt sein, sich den Engländern zu unterwerfen.

Das neugewählte dänische Folkething ist am Freitag zur ersten Sitzung zusammengetreten. Wenn bei den Neuwahlen die Regierungspartei auch einige Siege gewann, so dürfte es bei den Budgetberatungen doch wieder zu harten Kämpfen zwischen Regierungs- und Oppositionspartei kommen.

Der Präsidentschaftswechsel in Frankreich.

Biemlich rasch und unvermuthet hat in Frankreich in vergangener Woche ein Präsidentschaftswechsel stattgefunden. Der Marschall Mac Mahon, welcher früher mehrmals sein Verbleiben auf dem Präsidentenstuhle mit den Worten „J'y suis, J'y reste“ (Hier bin ich, hier bleibe ich), betont hatte, hielt sein Septennat, welches bis zum Jahre 1880 hätte dauern müssen, nicht aus und gab plötzlich am 30. Januar seine formelle Entlassung, worauf die zum Congreß vereinigten Kammern sofort den Präsidenten der Deputirtenkammer Jules Grévy zum Präsidenten der französischen Republik mit einer bedeutenden Stimmenmehrheit wählten, denn von 710 wahlberechtigten anwesenden Stimmen wurden 536 für Grévy, 99 für Chanzy und 43 ungültige oder unbeschriebene Stimmen abgegeben, und Grévy hierauf unter stürmischem Beifall zum Präsidenten der Republik auf sieben Jahre proklamirt. — Was die Ursache des Rücktritts des Präsidenten Mac Mahon anbelangt, so hat er als dieselbe die von den Kammern gewünschte und dem Ministerium gebilligte Besetzung der höchsten Kommandostellen durch republikanische Generale angegeben, welche Neubesetzung Mac Mahon als der Reorganisation der Armee zuwider nicht verantworten könne. Es mag sein, daß der Marschall Mac Mahon als Militärkammer sachlich diese von der Republik gewünschte Umänderung in der Armee verurtheilt, wahrscheinlich ist es auch, daß es Mac Mahon nicht über sich gewinnen konnte, sich von seinen alten Generalen und Waffengefährten, die doch noch zum großen Theile die Armeekommandos inne hatten, zu trennen, die richtigere und tiefere Ursache der Demission Mac Mahons liegt aber wohl in seinem politischen Standpunkte. Durch den Sturz